

## Eckpunkte Antrag Prävention

[Kurzfassung des Antrags „Gesetzliche Grundlage für Prävention und Gesundheitsförderung schaffen – Gesamtkonzept für nationale Strategie vorlegen“]

Die großen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung können mit einer rein kurativen Ausrichtung nicht gelöst werden. Der Bedarf an Prävention und Gesundheitsförderung ist groß. Die zentrale Herausforderung ist die sozial bedingte Ungleichheit der Gesundheitschancen zu verringern. Dafür brauchen wir vor allem langfristige Projekte und Programme, die bewährte Angebote in die Fläche bringen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Gesetz für Prävention und Gesundheitsförderung vorzulegen und unter Beteiligung bereits bestehender beteiligungsorientierter Organisationen und Vereinigungen auf der Bundes- und Landesebene eine nationale und politikfeldübergreifende Gesamtstrategie für Prävention und Gesundheitsförderung mit dem Schwerpunkt soziale Lage zu entwickeln.

### Zielsetzung für ein Gesetz für Prävention und Gesundheitsförderung:

- Gesetz soll **verlässliche und klare Finanzierung** für nicht-medizinische Prävention und Gesundheitsförderung schaffen und die Finanzierungsbasis unter Einbeziehung aller Sozialversicherungsträger und der privaten Kranken- und Pflegeversicherung verbreitern.
- die Leistungen, Träger und jeweiligen **Verantwortungsbereiche** von Bund, Ländern und Kommunen für Primärprävention und Gesundheitsförderung **klar regeln und festschreiben**; dazu soll der Bund zuvor einen Bund-Länder-Arbeitskreis einrichten, der Empfehlungen für eine kooperative Koordination und Steuerung durch Bund, Länder und Kommunen entwickelt als Grundlage für ein Gesetz.

### Finanzierung:

Grundsätzlich sehen wir Prävention und Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insofern gibt es steuerfinanzierte und beitragsfinanzierte Aufgaben.

- Die letzteren wollen wir in den Sozialgesetzbüchern verankern und somit alle Sozialversicherungsträger (Gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung) sowie die private Kranken- und Pflegeversicherung an der Finanzierung nach dem Verhältnis ihrer Versicherten beteiligen. Außerdem fordern wir mit dem Gesetz ein Konzept für eine regional gesteuerte Mittelvergabe. Das Finanzvolumen dieser gesamtgesellschaftlich orientierten Primärprävention soll in der Startphase 500 Mio. Euro betragen und in den Folgejahren jeweils um 10 Prozent angehoben werden. Bei der Steuerung der Ausgaben der Krankenkassen steht zunächst die Erhöhung des Anteils der Settingangebote im Vordergrund.

### Besondere Bedeutung von Setting-Ansätzen

Gerade sozial Benachteiligte Gruppen werden durch individuelle Präventionsansätze nicht erreicht. Deshalb kommt den lebensweltbezogenen Ansätzen eine besondere Bedeutung zu.

- Lebensweltbezogene Maßnahmen sollen weitgehend in örtlichen bzw. regionalen Kooperationen gebündelt werden und mit den Kommunen abgestimmt werden.
- Für die betriebliche Gesundheitsförderung sollen feste regionale Arbeitsgemeinschaften unter Einbeziehung der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften etabliert werden.

### Strukturen und Vernetzung

- Einrichtung einer Bundes- und je einer Landeskoordinationsstelle unter Zurückgreifen auf bereits vorhandene Vernetzungsstrukturen
- Etablierung von regionalen Planungs- und Kooperationsstrukturen nach dem Vorbild der kommunalen Gesundheitskonferenzen. Prävention und Gesundheitsförderung findet im wesentlichen in den Kommunen statt und kann nur unter Einbeziehung bürgerschaftlicher Initiativen, Nachbarschaften, Vereinen und Vereinigungen nachhaltig wirken.

### Qualitätssicherung:

- Ein nationales Kompetenzzentrum für Qualität und Qualitätssicherung für nichtmedizinische Prävention und Gesundheitsförderung soll Kriterien für Qualitätssicherung und Evaluation festlegen und regelmäßig repräsentative Erhebungen durchführen, die zeigen, mit welchen Programmen welche Zielgruppen am besten erreicht werden. Für den Aufbau des Kompetenzzentrums soll die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) genutzt werden.
- Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes soll zur Planung und Bewertung von Maßnahmen genutzt werden.

### Unsere Forderungen für eine nationale Strategie für Prävention und Gesundheitsförderung mit dem Schwerpunkt soziale Lage:

- Wir fordern eine Reorganisation der Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen.
- Wir wollen eine Ausweitung der betrieblichen Gesundheitsförderung.
- Wir streben eine Verzahnung von Gesundheitsförderung und Arbeitsförderung an.
- Wir wollen ein Handlungsprogramm für Prävention und Gesundheitsförderung im Alter.
- Wir wollen alle Angebote kultur-, geschlechter- und migrationsspezifisch ausrichten und Barrieren abbauen.